

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Forstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beitzzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“**

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 62 Bad Schandau, Dienstag, den 15. März 1927 71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Der lettlandische Staatspräsident Tschakste ist im 68. Lebensjahre gestorben.

\* Nach Meldungen aus Leningrad wütete auf der Station Swanta der Murma-Bahn zwei Tage lang ein Brand, dem 6 Waggons und 46 Güterwagen zum Opfer gefallen sind. Auch Menschenopfer sind zu beklagen.

\* Nach einer Budapest Meldung des Neuen Wiener Tageblattes hat man in der Budapest Gemeindeverwaltung eine Kreditüberschreitung beim Bau von Kleinwohnungen in Höhe von 40 Milliarden Kronen, also circa 2,5 Millionen Mark entdeckt.

\* Wie aus Kalkutta gemeldet wird, ist in der Nacht zum Montag der Schnellzug auf der Hauptstrecke Kalkutta—Madras auf der Station Barra, 180 Meilen von Kalkutta entfernt, mit einem auf einem Nebengleis stehenden Zug zusammengestoßen. Dabei wurden 9 Personen getötet und 20 Personen verletzt. Unter den Trümmern befinden sich noch einige Leichen.

## Jugoslawien und die Tschechoslowakei

Von Leopold Blank-Soja.

Kürzlich weilte eine Delegation jugoslawischer Parlamentarier in Prag, um den Besuch der tschechoslowakischen Abgeordneten in Belgrad während des letzten Sommers zu erwidern und die damals begonnene interparlamentarische Konferenz fortzusetzen, die in zwei Kommissionen Wege kultureller und wirtschaftlicher Annäherung und Zusammenarbeit für die beiden Völker finden sollte. Bei diesem Ereignis haben sich die Presse und offiziellen Persönlichkeiten beider Länder in so begeisterten Worten über die Brüderlichkeit der slavischen Völker ergangen, daß man sich unwillkürlich an die Aeußerungen erinnerte, die Außenminister Beneš anlässlich des Besuchs seiner Landsleute in Belgrad machte, in denen er zum Ausdruck brachte, daß man über den Gefühlen der Brüderlichkeit nicht des Realen, des Materiellen vergessen dürfe, weil auf dieser Grundlage die Hoffnungen der beiden Völker auf ein Zusammenarbeiten ruhen müßten.

Diese berechnete Bemerkung weist darauf hin, daß für das Streben nach solcher Verbrüderung sehr nüchterne Gründe vorliegen, deren Bedeutung man nicht deshalb unterschätzen darf, weil sie sich nur im Rahmen eines Parlamentarierbesuches äußern. Die politischen Ereignisse, die sich seit dem Sommergetragen haben, konnten zweifellos nur in der gleichen Richtung wirken.

Den Hauptausgangspunkt haben jedenfalls die handelspolitischen Verhältnisse — mit einem gewissen Einschlag der reinpolitischen — gegeben. Man vergegenwärtige sich einmal die wirtschaftliche Struktur der beiden Staaten: Jugoslawien ist, trotz seiner aufstrebenden Industrie, ein ausgesprochenes Agrarland, das Absatz für die großen Mengen seiner landwirtschaftlichen Produkte sucht, wie für Getreide, Mais, Vieh, Wein. Die Tschechoslowakei muß als ein Land mit entwickelter Industrie Märkte für deren Erzeugnisse finden. So kommen sich beide Staaten in ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen entgegen. Trotzdem ist der Handelsverkehr zwischen ihnen nicht sehr groß; so beträgt die Ausfuhr von Jugoslawien nach der Tschechoslowakei etwa 10 Prozent der Gesamtausfuhr, und für die Ausfuhr von der Tschechoslowakei nach Jugoslawien sind es nur vier Prozent.

Die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit aber ergibt sich aus der handelspolitischen Gesamtlage. Im Süden und Osten findet Jugoslawien für seine Bestrebungen, sich wirtschaftlich auszubreiten, keinen günstigen Boden, da die anderen Staaten des Balkans eher Konkurrenten als Abnehmer sind. Und der Verlauf der politischen Ereignisse der letzten Zeit hat die jugoslawische Regierung daran gemahnt, sich nicht ausschließlich auf die Beziehungen mit seinem Nachbar im Westen, mit Italien, festzulegen, da dies bei einem — wohl möglichen — Konflikt von großem Nachteil werden könnte. So muß Jugoslawien danach streben, seine Handelsbeziehungen zum Norden zu verstärken, und da fällt neben Oesterreich, Ungarn und dem entfernteren Deutschland, die Tschechoslowakei mit ihren 13 1/2 Millionen Einwohnern als Verkehrszentrum für die verschiedensten Produkte wohl ins Gewicht. Die Tschechoslowakei ihrerseits, die bei der heutigen Krise ihre Erzeugnisse in Industrieländern wie Deutschland, Italien, bis zum gewissen Grade auch Polen, nicht vollständig absetzen kann, glaubt in den noch aufnahmefähigen Balkanstaaten einen günstigen Markt für ihre Produkte gefunden zu haben. Daß hierbei der große Komplex des heutigen Jugoslawiens besonders hervortritt, ist verständlich. Hier stößt die Tschechoslowakei jedoch auf die Konkurrenz Italiens, das mit größter Hingabe den Balkan wirtschaftlich zu durchdringen sucht. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß von jugoslawischer wie von tschechoslowakischer Seite angeregt worden ist, den Zwischenhandel Ungarns, das sich in engere Beziehungen mit Italien einzulassen scheint, möglichst auszuschalten. Wenn unter anderem auch der Frage Erwähnung geschähe, wie man den Transport tschechoslowakischer Waren nach Ostafrika, dem jugoslawischen Hafen an der Adria am reibungslosesten gestalten könnte, so kann man darin gewiß den Gegensatz zu den italienischen Plänen erblicken, die Ungarn einen Ausgang zum Meere gewähren wollen.

So zeichnen sich im wesentlichen die realen Gründe ab, die hinter den so eifrigen Bestrebungen der Annäherung zu suchen sind und in den Kommentaren zum Besuche der Jugoslawen in Prag einen bereiten Ausdruck fanden.

Noch etwas grundsätzlich Wichtiges darf nicht übersehen werden: Die Entwicklung, wie sie für die Annäherung der beiden Völker in den Vorschlägen der parlamentarischen Konferenz angedeutet wurde, konnte für den Balkan im allge-

meinen von Bedeutung werden, indem sie zur Einigung der Balkanvölker — zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete — anregen und beitragen würde. Der Vorschlag eines Vorzugszolltarifes zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei dürfte vielleicht der Vorbote einer Zollunion der Balkanstaaten sein. In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, daß bei der Besprechung dieser Momente jugoslawische Pressestimmen ausführlich die Möglichkeit eines ähnlichen Zusammenarbeitens mit Bulgarien erörtert haben. Daß damit natürlich den Interessen Italiens am wenigsten gedient wäre, liegt auf der Hand. Denn eine solche Politik wirtschaftlicher Einigung steuert dem Ziele zu: der Balkan den Balkanvölkern!

## Kampf um den Finanzausgleich.

Beratungen im Steuerausschuß.

Im Steuerausschuß des Reichstages hat die Beratung der Übergangsregelung des Finanzausgleichs begonnen. Als erster Redner wandte sich der Vertreter Sachsens, Ministerialdirektor von Sichert, gegen den Antrag der Regierungsparteien, nach welchem an dem Aufkommen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer in den beiden Jahren der Übergangsregelung je ein Betrag von 450 Millionen Reichsmark nach dem Umsatzsteuerschlüssel verteilt werden soll. Der Redner bezeichnete diese Bestimmung als im Widerspruch mit dem fundamentalen Grundsatz der jetzigen Regelung stehend, wonach jedes Land drei Viertel des Aufkommens seines Staatsbereiches an Einkommensteuer erhalten würde. Der Vertreter Hamburgs, Staatsrat Lippmann, erklärte, daß sein Staat durch die neuen Vorschläge 3,6 Millionen Mark verlieren würde. Die Verluste Sachsens würden 4,5, diejenigen Bremens ungefähr 1 Million Mark betragen, während Bayern über 3 Millionen Mark und Preußen ungefähr 2 Millionen Mark gewinnen würden. Staatsrat Lippmann schilderte dann die besondere finanzielle Lage Hamburgs, welches neben Sachsen

die größte Erwerbslosenziffer aufzuweisen und im Reichsinteresse Ausgaben für den größten Hafen Deutschlands zu leisten habe. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Regierungsparteien ihren Vorschlag einer Revision unterziehen würden.

Sodann sprach der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Mschoff. Er teilte die grundsätzlichen Bedenken Sachsens über die Verteilung eines Teils der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem Umsatzsteuerschlüssel. Die Überweisung von 2,6 Milliarden bedeute nicht etwa ein großes Geschenk für die Länder. Unter diesen Umständen könnten die Länder nach dem neuen Finanzausgleich an eine starke Senkung der Realsteuern nicht denken.

Eine Befreiung der Getränkesteuer würde in sehr vielen Industriegemeinden dazu führen, eine Herabsetzung der Gewerbesteuer unmöglich zu machen. Abg. Dr. Herz (Soz.) bezeichnete die Vorschläge der Regierungsparteien als reine Parteipolitik. Abg. Dr. Fischer (Dem.) lehnte namens seiner Fraktion die Finanzausgleichsvorlage ab und betonte, ebenso wie sein Vorredner, daß die jetzige Vorlage namentlich Bayern zugute komme. Zum Schluß begründete der Redner einen demokratischen Antrag auf Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer.

## Dr. Köhler über Finanzausgleich und Steuerpolitik

Berlin, 14. März. Im Steuerausschuß des Reichstages ging Reichsfinanzminister Dr. Köhler auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein, bei denen man u. a. von einem vollständigen Verlassen der Linie der bisherigen Steuerpolitik gesprochen habe. Tatsächlich sei die bisherige besondere Umsatzsteuergarantie fortgefallen. Gegen ihre Wiedereinrichtung, die ernstlich erstrebt worden sei, habe er sich durchaus mit Erfolg gewehrt. Das bedeute für die Reichskasse eine Ersparnis von 180 Millionen Mark. Auch die Erörterungen über die weitere Ausgestaltung des § 35 des Finanzausgleichs hätten aufgehört. Der Minister betonte, daß er es als einen großen Erfolg ansehe, daß es gelungen sei, diesen Paragraphen in seiner jetzigen Gestalt zu halten. Weiter seien die Forderungen, den Ländern 90 Prozent aus der Einkommensteuer zu überweisen, nicht berücksichtigt. Man habe die Quote von 75 Prozent aufrecht erhalten.

Wenn man die Dinge so hinstelle, als ob geradezu eine Verschleuderung der Reichsgelder zugunsten weniger Länder stattfände, so sei das nicht Wahrung der Reichsinteressen, sondern etwas anderes. Gegenüber den Angriffen des demokratischen Abg. Dr. Fischer betonte der Minister, daß er das Gesetz über den vorläufigen Finanzausgleich nicht vorgelegt habe. Er wolle jedoch nicht sagen, daß er kein Programm dafür habe. Was bezüglich der Vermögenssteuer geschehen solle, wenn sie die vorgesehenen 400 Millionen nicht einbringe, könne erst dann mitgeteilt werden, nachdem über die Steuereingänge Klarheit herrsche. Bei der Vermögenszuwachssteuer werde sich die Regierung an das Gesetz halten.

In der Reichsregierung hätten bisher keinerlei Besprechungen über eine Aenderung dieses Zustandes stattgefunden, wonach diese Steuer durch Gesetz bis Ende 1928 ausgesetzt sei. Zur Grundlage für die Realbesteuerung würden die Einheitswerte genommen werden. Zur richtigen Aufstellung des endgültigen Finanzausgleichs sei notwendig, sich auf die feststehenden Tatsachen zu stützen. Statistiken seien notwendig. Zum mindestens müsse man die Grundlage der Einheitswerte kennen. Man müsse

eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft wenigstens in einem gewissen Umfange haben. Der Minister betonte, daß bei einer öffentlichen Aufstellung eines Programms dieses alsbald wegen des Eindringens der Widerstände erledigt sein würde. Der Minister erklärte weiter: Wir haben deshalb eine Gesamtgarantie von 2,6 Milliarden übernommen, weil wir glauben, es vertreten zu können, das Erträgnis der Einkommensteuer jetzt schon anzufassen. Heute wissen wir, daß der Rahmen über die 2,6 Milliarden hinaus kaum wird weiter gespannt werden können. Ueber den bereits im Etat vorgesehenen Betrag von rund 67,5 Millionen Mark hinaus wird vom Reiche in diesem Jahre nicht draufgezahlt werden müssen. Vorgeesehen ist, daß am 1. Oktober ein Rahmengesetz über die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sowie über die Hauszinssteuer herauskommt. Dieses Gesetz soll nicht die Tendenz der Herabsetzung der bisherigen Steuerfüße, sondern die einer Herabsetzung haben. In der Befreiung von Weimar ist das Leben der Länder garantiert, und darauf muß jeder Minister des Reiches Rücksicht nehmen. Der Minister betonte, daß, seit er im Amte sei, keinerlei Verhandlungen von ihm oder anderen Herren seines Ministeriums mit irgendwelchem Lande über Finanzausgleichsfragen geführt worden seien. Als er sein Amt angetreten habe, habe er allerdings erfahren, daß solche Verhandlungen vorher stattgefunden hätten. Von dem für die Länder und Gemeinden vorgesehenen Zuschlagsrecht werde nicht abgerückt werden.

Der Minister erklärte zum Schluß, daß der zweijährige provisorische Finanzausgleich für die Wirtschaft eine Ruhezeit bringen werde. Er bedeute aber auch für die Länder und Gemeinden eine Beruhigung. Jede weitere provisorische Aenderung des Finanzausgleichs würde die Gefahr eines Kompromisses auf Kosten des Reiches in sich bergen. Man werde in den ersten Monaten des Jahres 1928 bereits an die Beratungen des endgültigen Finanzausgleichs herangehen müssen, damit auch die Länder nach seiner Fertigstellung Zeit bekämen, sich darauf einzustellen.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

## Neue Seeabrüstungsnote Amerikas in Paris und Rom überreicht.

Paris, 14. März. Die amerikanische Regierung hat heute in Paris eine neue Note in der Frage der Seeabrüstungskonferenz überreichen lassen, in der der französischen Regierung nahegelegt wird, selbst die Form zu wählen, unter der sie sich an der Seeabrüstungskonferenz, die in Genf stattfinden soll, beteiligen wolle. Der Zeitpunkt der Konferenz ist in der Note nicht genannt.

Die französische Regierung hat die Prüfung der Note noch nicht abgeschlossen. Jedoch erscheint es als wahrscheinlich, daß sie sich entschließen wird, einen Beobachter zu der Konferenz zu entsenden. Eine entsprechende Note hat die amerikanische Regierung auch in Rom überreichen lassen.

## Reichsverkehrsminister Dr. Koch zur Frage der Kanalbauten.

Berlin, 14. März. In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Haushaltsausschusses des Reichstages äußerte sich Reichsverkehrsminister Dr. Koch zu der Frage der Kanalbauten. Er verwies auf die in der Öffentlichkeit eingetretene kritischere Stimmung gegenüber den Kanalbauten und erklärte, nicht in der Lage zu sein, neuen Wünschen ohne weiteres nachzugeben. Bezüglich der in den Staatsverträgen vereinbarten Kanalbauten dürfe man jedoch das Steuer nicht händig herumwerfen. Die Länder müßten vielmehr das Gefühl haben, daß einmal getroffene Abmachungen auch gehalten werden. Die Reichsbahn habe bezüglich der Wasserstraßen in der Hauptsache finanzielle Bedenken geäußert. Hier sei die ganze Frage letzten Endes eine Tarifffrage. Die Reichsbahn habe sich noch nicht entschließen können, die von der Wirtschaft verlangten billigeren Tarife zu schaffen. Es komme daher zu keiner Einigung über die Berechnungsgrundlagen. Es sei lediglich eine Vertrauensfrage, ob der Haushaltsausschuß unter solchen schwankenden Vorbedingungen auf die Kanalbauten verzichten wolle. Es sei nicht zu verkennen, daß gegenüber der Reichsbahn starkes Mißtrauen Platz greife. Der Minister betonte zum Schluß, daß selbstverständlich die Reichsbahn in keiner Weise vernachlässigt werden dürfe, da diese Hauptverkehrsmittel bleiben werde, auch wenn das deutsche Kanalnetz weiter ausgebaut worden sei. Angesichts der abgeschlossenen Staatsverträge bitte er jedoch den Haushaltsausschuß, die im Etat vorgesehenen Mittel für die Kanalbauten zu bewilligen.

## Der Gesundheitszustand des Königs von Spanien.

Madrid. Ein ärztliches Bulletin verzeichnet eine weitere Besserung im Befinden des Königs. Am Palast wurde eine Rundgebung des Königs angeschlossen, in der er für das Interesse, das alle Gesellschaftsklassen seinem Gesundheitszustand entgegenbrachten, dankt und erklärt, er habe drei Monate in me Tag verbracht, aber er sei jetzt der Krankheit Herr geworden.